

Protokoll der Sitzung des
Beirates Mitte am 8.11.2010

**Anwesend waren
vom Beirat**

Michael Rüppel
Barbara Schwarz
Joachim Musch
Jürgen Bunschei
Holger Ilgner
Leander Mondré
Alexander Tassis
Christoph Heigl

vom Ortsamt

Robert Bücking - Vorsitz
Andrea Freudenberg - Protokoll

Gäste:

Herr Münch Polizeipräsident
Frau Kröger Redakteurin Weser-Kurier
Herr Budde Sprecher der Bürgerinitiative Rembertviertel

Beginn: 19.00 Uhr
Ende: 21.00 Uhr

Thema

Hells Angels und Rockerkriminalität

Zu Beginn der Sitzung berichtet Herr Budde, stellvertretend für die Bürgerinitiative Rembertviertel, über die Probleme rund um die Clubs der Hells Angels und Red Devils. Die Hells Angels haben seit Mitte 2000 ihr Clubgelände am Dobbenweg, die Red Devils haben 2009 eine ehemalige Klempnerei in der Eduard-Grunow-Straße angemietet.

Die Aktivitäten der Rockerclubs hätten in den letzten Monaten stark zugenommen. Regelmäßige Treffen und Feste am Wochenende mit 200-300 Personen führten zu Störungen in der Nachbarschaft. Hinzu kämen „Memorial Runs“ zu Ehren und Gedenken Verstorbener. Bei größeren Veranstaltungen herrsche der Ausnahmezustand im Rembertviertel. Als Beispiel wird der 4.8.2010 genannt, als sich 800 Motorradfahrer am Angel Place trafen und zur Trauerfeier nach Bremen Aumund fuhren (der Radio Bremen - buten & binnen Film zu diesem Anlass wird gezeigt).

Die Hells Angels führten sich als selbsternannte Ordnungskräfte auf und vereinnahmten den öffentlichen Raum. Regelmäßige Verstöße gegen die STVO würden nicht geahndet. Die Anwohner fühlten sich massiv bedroht durch die Hells Angels. Das subjektive Sicherheitsgefühl sei gestört, die Polizei sei vor Ort nicht präsent.

Herr Budde befürchtet schwerwiegende Nachteile für das umliegende Wohnquartier. Leerstände seien zu verzeichnen. Anfang nächsten Jahres werde die Methadonabgabestelle umziehen, es stelle sich die Frage, von wem diese Räume dann genutzt würden.

Frau Kröger berichtet, dass sie sich seit 2008 mit dem Problem Hells Angels und Red Devils beschäftige.

Zahlreiche Männer aus den Clubs agierten im Drogen - und Rotlichtmilieu. Auch unter den Türstehern seien die Rocker oft anzutreffen. Bei Verbrechen gingen sie ungewöhnlich skrupellos und brutal vor. Sie könnten sich viel herausnehmen, weil sie Angst machten und geschickt vorgingen. Anhand einiger Fotos unterstreicht Frau Kröger, dass die Hells Angels gemeinsame Sache mit rechten Hooligans machen. Ein Verbot hält sie für diskussionswürdig. Auch die Innenministerkonferenz verfolge die Nulltoleranz-Strategie.

Zur Einschätzung der Polizei teilt Herr Münch mit, dass die Rockergruppen eine starke Bindung untereinander haben, mit einem streng hierarchischen Aufbau.

Er nennt einige Ereignisse auf Bundes- und Bremenebene in den letzten Jahren, wie z.B. die Tötungsdelikte in Berlin und Duisburg sowie die Auseinandersetzung auf Mallorca im August diesen Jahres. Bezugnehmend auf den Film von buten & binnen führt er aus, dass er nicht glücklich mit dem Ablauf sei, auch sei es nicht gut gewesen, dass das Amt für Straßen- und Verkehr eine Genehmigung für die Trauerfeier am 4.8.2010 erteilt habe, ohne sich vorher mit der Polizei abzusprechen.

Künftig werde die Polizei Beschwerden von Anwohnern von vornherein sehr ernst nehmen und Präsenz zeigen.

Auf drei Handlungsebenen werde man arbeiten:

- Nachweis von Straftaten
- Einsatzbereich
- Regionale Maßnahmen

Konsequentes Einschreiten durch die Polizei und Verhinderung von Störungen. Keine Wiederholung der Vorfälle wie am 4.8.2010!

Beschwerden über Hells Angels und Red Devils über die 110 sollen polizeiintern automatisch sehr hoch gewichtet werden.

Zudem solle die Kommunikation zwischen Polizei und Anwohnern verbessert werden und es werde regelmäßige monatliche Treffen geben.

Die Bewohner könnten von der Polizei erwarten, dass bei großen Treffen der Rockergruppen die Polizei vor Ort sei.

Herr Münch sagt zu, dass die Polizei ein Vereinsverbot prüfen werde. Er sei offen für den Vorschlag, die Waffenverbotszone an der Diskomeile in den Dobben auszuweiten.

In der weiteren Diskussion schildern einige Anwohner noch einmal die Situation vor Ort.

Für die Initiative-Rembertviertel werden von einer Bewohnerin die Forderungen und Anregungen gegenüber Polizei und Politik bezüglich des Umgangs mit den Hells Angels und Red Devils vorgetragen, u.a. gehören dazu:

Prüfung auf Vereinsverbot, Erweiterung der Waffenverbotszone, Verbote von Massenveranstaltungen und Auflagen bei Festen, Hotline „Rocker“ für alle Anwohner.

Einem Anwohner aus dem Fedelhören machen die Hells Angels keine Sorgen, aber dafür die soziale Entwicklung des Rembertviertels. Als Beispiel nennt er das Rembertstift. Die älteren Bewohner des Stiftes könnten sich nicht wehren, seien eingeschüchtert und trauten sich nicht auf die Straße. Für diese Bewohnerschaft sei eine ständige Präsenz der Polizei wichtig, damit sie sich sicherer fühlen.

Eine Zuhörerin schildert eine Szene, in der ihr ein Red Devil nach einer Beschwerde bei der Polizei gedroht habe. Ihrer Meinung nach würde die Polizei die Anwohner nicht genügend unterstützen.

Herr Hinners, Mitglied der CDU-Bürgerschaftsfraktion, berichtet, dass es seitens der CDU, der Grünen und der SPD-Fraktion einen Antrag „Keine rechtsfreien Räume für Rockergruppen – konsequent gegen Rockerkriminalität vorgehen“ an die Bürgerschaft gebe. Die Bürgerschaft werde sich am Mittwoch, den 10.11.2010 mit dem Antrag befassen.

Frau Hiller, Mitglied der SPD-Bürgerschaftsfraktion, begrüßt, dass der Beirat diese Veranstaltung durchführe. Hier gehe es um ein Thema, das die ganze Stadt angehe. Die

Rockerclubs könnten so nicht toleriert werden, hier gehe es um organisierte Kriminalität. Die Bürgerschaftsfraktionen stünden eng zusammen. Eine Waffenverbotszone sei für den Bereich wichtig, sowie die Schließung des Rockerclubs.

Herr Münch räumt ein, dass die Polizei in der Vergangenheit die Anwohnerinteressen zu wenig berücksichtigt habe. Eine Polizeipräsenz sei wichtig, aber nicht rund um die Uhr leistbar.

Wegen der Waffenverbotszone sei man im Gespräch mit dem Senator für Inneres. Den Antrag auf Einrichtung einer Hotline für die Anwohner werde er prüfen. Szenen wie im August, als Hells Angels den Verkehr „regelten“, um in Gruppen zu einem sogenannten Memorial Run zu fahren, werde es nicht mehr geben.

Vertreter des Beirates stellen in der Diskussion klar, dass einschüchterndes Verhalten durch Rockerclubs nicht geduldet werde. Im Stadtteil dürfe sich keiner vor Gewalt fürchten. Der öffentliche Raum dürfe nicht durch bestimmte Gruppen okkupiert werden. Der Beirat könne das Problem nicht allein lösen, aber er habe sich Gedanken dazu gemacht und einen Beschlussvorschlag erarbeitet.

Auf Vorschlag eines Beiratsmitgliedes wird der Antragstext um folgende Punkte ergänzt: Verbot von Massenveranstaltungen und Auflagen bei Festen, Einrichtung einer Hotline „Rocker“ für alle Anwohner.

Der einstimmig gefasste Beiratsbeschluss lautet:

Im Rembertiviertel befinden sich Versammlungslokale der „Hells Angels“ und der „Red Devils“. Durch Berichte aus dem Wohnumfeld, aber auch aus Presseartikeln, sind dem Beirat unhaltbare Vorgänge bekannt geworden. Berichtet wurde von einschüchterndem Verhalten der Rocker, von eigenmächtigem Eingreifen in den Verkehr und Drohungen gegenüber Nachbarn.

In den Clubs verkehren nicht nur Mitglieder mit langen Vorstrafenregistern und hoher Gewaltbereitschaft. Es gibt auch Hinweise, dass diese Clubs selbst die Plattform für organisierte Kriminalität sind. In dieser Situation machen sich zahlreiche Bewohnerinnen und Bewohner Sorgen um ihren Stadtteil.

Beirat und Ortsamt stellen in der Öffentlichkeit unmissverständlich klar: In Bremen wird einschüchterndes Verhalten durch Rockerclubs nicht geduldet, nicht von der Öffentlichkeit, nicht von den gewählten Politikerinnen und Politikern und nicht von der Polizei. Sichere und (angst)freie Nutzung von Straßen und Plätzen für Jedermann ist ein hohes Gut. Ein gutes Leben ist in einem Stadtteil, der sich vor Gewalt fürchten muss, nicht möglich.

Der Beirat Mitte stellt daher fest:

- Die Polizei wird aufgefordert, Sicherheit und Freizügigkeit im öffentlichen Raum durch stärkere Präsenz vor Ort zu gewährleisten und eigenmächtiges Verhalten der Rocker sofort in die Schranken zu verweisen. Verbote von Massenveranstaltungen wie Memorial Runs (schwerwiegende Störung und Gefährdung der öffentlichen Ordnung) sind auszusprechen und Auflagen für Feste zu prüfen (Nutzung des öffentlichen Raums, Lautstärke, Dauer, Parkverhalten)
- Die Kommunikation zwischen Anwohnern und Polizei muss dringend verbessert werden, eine Hotline „Rocker“ für alle Anwohner eingerichtet werden.
- Wir fordern eine Ausweitung der Waffenverbotszone.
- Es ist zu prüfen, ob ein Verbot der Clubs geboten ist.

Abschließend bedankt sich Herr Bücking bei den Bürgern, dass sie die Veranstaltung genutzt haben, um ihre Sorgen vorzutragen. An die drei Rocker im Publikum gewandt, sagt er, dass man entschlossen sei, sich nicht einschüchtern zu lassen. Gemeinsam mit einer unerschrockenen Presse und einer entschlossenen Polizei seien selbstbewusste Bürger eine ziemliche Macht.

Vorsitz
gez. Bücking
Bücking

Sprecher
gez. Rüppel
Rüppel

Protokoll
gez. Freudenberg
Freudenberg